



Die Krise in der Weiterbildung hat den Konzern DAA-Stiftung Bildung und Beruf erreicht

Die Veränderungen in der Weiterbildung durch die Umsetzung der Hartz-Gesetze ab 01.01.2003 und die Kürzungen im Eingliederungstitel führen zu massiven Kürzungen im FbW-Bereich. In der DAA-GmbH sollen in diesem Jahr 700 bis 800 Arbeitsplätze verloren gehen, im BNVHS wird der erste Betrieb geschlossen, in der VHS-Gruppe sind einzelne Betriebe von Betriebsänderungen durch massiven Personalabbau betroffen. Aus einem Schreiben des Geschäftsführers der DAA, Herrn Brezinski geht hervor, dass der Arbeitgeber als maßgebliche Strategie zur Bewältigung der Krise den Kahlschlag bei den Arbeitsplätzen durch Auslaufen von Befristungen und Kündigungen sieht. Gleichzeitig will die Geschäftsführung die DAA grundlegend umstrukturieren. Bei der DAA Münster sollen die „originären Dienstleistungen von festangestellten MitarbeiterInnen des bisherigen Kerngeschäfts ... umgehend ausgelagert“ werden, was zu einem Wegfall aller Arbeitsplätze im pädagogischen Bereich führen würde.

Herr Helfrich als geschäftsführender Vorstand der Stiftung erklärte am 20.02. gegenüber dem KBR dazu folgendes:

- Die Umsetzung der Hartz-Gesetze wird zu einer dauerhaften Absenkung von Ausgabemitteln und Maßnahmen im FbW-Bereich führen. Für den Bereich der DAA-Stiftung wird dies zu einem Umsatzrückgang von 30 bis 40% und einem etwas höheren Personalabbau führen.
- Er ist der Ansicht, dass der Personalabbau gleichmäßig zwischen Honorarkräften und Festbeschäftigten verteilt werden soll.
- Er signalisierte Bereitschaft zu Gesprächen mit den Betriebsräten über Maßnahmen des Übergangs von Personal in andere Beschäftigungsfelder und Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung wie Arbeitszeitflexibilisierung..

Der Konzernbetriebsrat der DAA-Stiftung Bildung und Beruf hält eine Kombination aus branchenmäßigen, betrieblichen und öffentlichkeitswirksamen Schritten für notwendig:

- Um die Krise der Branche Weiterbildung abzumildern schlagen wir unternehmensübergreifende Lösungen vor, in denen mit den Instrumenten des SGB III (Struktur-Kurzarbeitergeld, Transfersozialpläne, Auffanggesellschaften und ähnliches) versucht wird, den einzelnen Betroffenen einen besseren Übergang in neue Beschäftigung zu ermöglichen;

- Arbeitszeitregelungen (z.B. Jahresarbeitszeitkonten, die Umwandlung von Sonderzahlungen in Freizeit) oder andere Regelungen sollen die Beschäftigung des pädagogischen Personals bei der unsicheren Maßnahme- und Personalplanung in Zukunft absichern helfen;
- Die Öffentlichkeit muss endlich das Ausmaß der Krise in der Weiterbildung zur Kenntnis nehmen. Dazu können öffentlichkeitswirksame Aktionen wie die gemeinsame Arbeitssuchendmeldung ganzer Betriebe der Weiterbildung beitragen, ebenso wie gewerkschaftliche Veranstaltungen auf Bundes- und Landesebene.

Ein erster Schritt aus der betrieblichen Stille ist die bundesweite Protestveranstaltung der Gewerkschaft Ver.di am 05.03.2003 in Fulda. Die Betriebsräte werden diese Chance nutzen, gemeinsam mit Beschäftigten aus anderen Unternehmen der Weiterbildung ihren Protest gegen die massiven Einsparungen in diesem Bereich auf Kosten der Arbeitslosen und der Beschäftigten kund zu tun.

mit freundlichen Grüßen
gez. Wolfgang Sommer
Konzernbetriebsratsvorsitzender